

## Antrag

der **Linksfraktion.PDS**

### **Thema: Vorstellungen der Staatsregierung über Umgang mit dem UNESCO-Welterbe in Sachsen**

Der Landtag möge beschließen:  
die Staatsregierung wird ersucht,

dem Landtag über ihre konzeptionellen Vorstellungen zum Umgang mit dem UNESCO-Welterbe zu berichten und dabei insbesondere Auskunft zu geben über:

1. ihre grundsätzlichen Positionen zum Erhalt des UNESCO-Welterbes in Sachsen,
2. die von ihr gesetzten Prioritäten zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der bereits ausgewiesenen UNESCO-Welterbestätten in Sachsen,
3. die von ihr zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste in Aussicht genommenen Stätten sowie die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Stätten und ihrer Träger,
4. ihre Einschätzung der Bedeutung und Rolle der sächsischen UNESCO-Welterbestätten für die Standortpolitik im Freistaat Sachsen.

#### **Begründung:**

Das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ – die Welterbekonvention – aus dem Jahr 1972 wurde zum Zwecke des Schutzes des „Kultur- und Naturerbes von außergewöhnlichem universellem Wert“ abgeschlossen. Stätten, die von der UNESCO in die Welterbeliste aufgenommen werden, erhalten dadurch einen besonderen Status. Er verpflichtet die Verantwortlichen zum Erhalt und zum Schutz der Welterbestätte.

Nicht selten gerät der Status einer Welterbestätte in ein Spannungsverhältnis zu lokalen Infrastrukturinteressen. Aktuelles Beispiel dafür ist das Dresdner Elbtal, dessen Status als UNESCO-Welterbestätte gefährdet ist. Das hätte einen erheblichen Ansehensverlust für die Landeshauptstadt zur Folge, was sich nachteilig auf den Tourismus auswirken könnte. Andererseits werden UNESCO-Welterbestätten nicht aus Gründen der Vermarktung eingerichtet. Das sollte lediglich ein nützlicher Begleiteffekt sein.

Aus den genannten Gründen hält es die Antragstellerin für dringend geboten, dass sich die Abgeordneten des Sächsischen Landtages über die Bedeutung von UNESCO-Welterbestätten für den Freistaat und über die Welterbepolitik der Staatsregierung in öffentlicher Debatte verständigen.

Prof. Dr. Peter Porsch  
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 23. Januar 2006

Eingegangen am: \_\_\_\_\_ Ausgegeben am: \_\_\_\_\_